

»Was ist der Mensch, dass du seiner gedenkst, und des Menschen Kind, dass du dich seiner annimmst?« (Ps 8, 5)

Impuls von Volker Beck, religionspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Deutschen Bundestag

**Kirche im »christlichen Abendland ...«
Positionierung im Spannungsfeld von neo-konservativen Tendenzen und gesellschaftspolitischem Engagement, 5. Ost/West-Konferenz der BAG K + R, Schwerte, 15.–16.4.2016**

Die rechtspopulistischen Bewegungen und Projekte, wie die Parteien AfD oder PRO, die Pegida-Proteste, Webseiten wie PI (politically incorrect) oder kreuz.net, stellen uns Demokrat*innen, also auch uns Christ*innen, vor ganz grundsätzliche Herausforderungen. Sie stellen ganz grundsätzlich die Frage nach unserem **Menschenbild** und sie stellen die **demokratischen und rechtsstaatlichen Grundlagen unseres Staates** in Frage. Diese Gruppierungen und Akteure versuchen ganz unterschiedliche Grundsätze zu delegitimieren und anzugreifen: Die gleiche Grundrechtsgewährung für alle, die Gewährung bestimmter Grundrechte, z. B. die Religionsfreiheit oder aber das Verbot der Todesstrafe, die unabhängige Justiz, die Legitimität parlamentarischer Entscheidungen, die Gewaltenteilung und eine freie und unabhängig, pluralistische Presselandschaft.



Volker Beck, religionspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag (Foto: BAG K + R)

Längst für selbstverständlich Geglaubtes muss auf einmal neu begründet, erklärt und verteidigt werden. Dies stellt neue Anforderungen an alle gesellschaftlichen Akteure: an Journalist*innen und Politiker*innen, an Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und andere Nichtregierungsorganisationen.

Wir, die wir für mehr soziale Gerechtigkeit in unserem Land und auf dem ganzen Planeten, für mehr ökologische Verantwortung und nachhaltiges Wirtschaften, für Freiheit und Emanzipation streiten, sehen uns auf einmal der Aufgabe gegenüber, die Grundlagen unserer freiheitlichen und demokratischen Grundordnung zu verteidigen. Wir dürfen uns aber von diesen Kräften nicht so weit beeindrucken lassen, dass wir nur noch den Status quo verteidigen, sondern Vorwärtsverteidigung muss die Strategie sein.

Die rechtspopulistischen Strömungen wenden Unzufriedenheiten mit den tatsächlichen Verhältnissen sowie Fehlern und Mängeln des Politikbetriebes gegen die Grundlagen von Demokratie und Rechtsstaat an sich. Teilweise wird dieser Generalangriff kaschiert, indem man »den Politikern«, den »Systemparteien« und Teilen der Justiz Korruption oder sinistre Machenschaften unterstellt. Journalist*innen, Politiker*innen, Intellektuellen wächst hier eine neue Aufgabe zu. Alle gesellschaftlichen Organisationen, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und andere Nichtregierungsorganisationen sehen sich einer neuen Herausforderung gegenüber. Drei Kommunikationsaufgaben ergeben sich daraus:

1. Der Delegitimierung kein Futter geben:

Demokrat*innen müssen in ihrer Sprache wie in ihren Auseinandersetzungsformen darauf achten, dass sie nicht selbst dazu beitragen, demokratische Institutionen zu diskreditieren, und dass wir nicht durch falsche Vereinfachungen den Rechtspopulisten in die Hände spielen. Denn die Disziplin der semantischen Komplexitätsreduktion inklusive Verdrehungen ist die Meisterdisziplin der Rechtspopulisten. Vier Beispiele hierzu:

– **Alternativlosigkeit**

Merkels Diktum von der Alternativlosigkeit ihrer Banken- und Griechenlandrettungspolitik war der politischen Kommunikationsstrategie der Zuspitzung geschuldet. Aber es war natürlich nicht wahr. Mindestens zwei Alternativen waren immer im Gespräch: Grexit oder verschiedene Formen der unkontrollierten Insolvenz mit der Gefahr eines schwer vorhersehbaren großen finanz-

politischen Kladderadatsches einschließlich unabsehbarer Folgen für Wirtschaft und Sozialsysteme. Dass dies niemand Vernünftiges wollen kann, sollte wohl mit dem Wort »alternativlos« ausgedrückt werden. Die andere Forderung war immer eine Verbindung aus stärkeren Elementen eines Schuldenschnittes, begleitet von mehr Investitionen, um durch stärkere wirtschaftliche Leistung die Schuldentragfähigkeit der Krisenländer zu verbessern. Es wäre sicher besser gewesen, die Argumente für den jeweils gewählten Weg – im Unterschied zu den verworfenen Wegen – offensiv ins Feld zu führen. Demokratische Politik ist immer eine Entscheidung für eine Alternative unter mehreren Optionen.

– Vielfalt bereichert

Progressive Kräfte neigen dazu, religiöse, kulturelle, sprachliche und sexuelle Vielfalt als Bereicherung zu beschreiben. Damit wird häufig dafür geworben, Diskriminierung abzubauen und gleiche Rechte für Minderheiten durchzusetzen. Das ist freundlich gemeint, aber aus der Perspektive der Minderheiten etwas seltsam und wen Vielfalt verwirrt, überfordert und Fremdes eher ängstigt, wird den Spieß eines solchen Framings umdrehen, da er sich einfach nicht bereichert fühlen möchte.

Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit haben gleiche Rechte vor dem Gesetz. Dieser Anspruch ist eine Konkretisierung ihrer Menschenwürde. Migrantinnen müssen nicht die Speisekarte bereichern, Homosexuelle müssen nicht Stil und Kultur zeigen, Juden müssen nicht zum Geistesleben beitragen, damit sie ihren Anspruch auf ihre Grundrechte geltend machen dürfen. Auch wenn wir Minderheitsangehörigen manchmal meinen mögen »Ohne uns wäre es noch langweiliger« muss der Anspruch auf Gleichheit vor dem Gesetz menschenrechtlich begründet werden: »Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.«

Die Anerkennung der unantastbaren Menschenwürde muss für andere und die Gesellschaft keinen Mehrwert haben. Sie ist aus dem Menschsein des Grundrechtsträgers allein zu begründen. Das ist Wert und wichtig genug.

– Die Flüchtlingsaufnahme zahlt sich für Deutschland aus, gerade angesichts des Fachkräftemangels. Es kommen viele Ärzte und Ingenieure.

Dieser Eindruck wurde zu Beginn der Aufnahme syrischer Flüchtlinge geweckt. Er erwies sich schnell als nur ein Teil der Wahrheit und war von Anfang an falsch.

Wenn eine staatliche Rechtsordnung auf der Unantastbarkeit der Menschenwürde gegründet ist, ist das der Grund für Aufnahme und Schutz von Menschen, die vor Gefahren für Leib, Leben und Freiheit fliehen. Dass diese Menschen auch ein Potential mitbringen, das wir womöglich gut gebrauchen können oder das wir entsprechend entwickeln können, ist wahr, aber nicht der Grund für die Aufnahme und den Schutz von Flüchtlingen. Das Einhalten der humanitären Verpflichtungen aus Verfassung, Genfer Flüchtlingskonvention oder Europäischer Menschenrechtskonvention darf auch etwas kosten. Der Gewinn ist eine menschlichere Welt.

Der individuelle Rechtsschutz im deutschen Asylrecht und in der Genfer Flüchtlingskonvention war eine Antwort auf das Versagen der europäischen Staaten, der USA und Kanadas auf die Flucht und Ausreiseversuche der deutschen und europäischen Juden aus dem Herrschaftsbereich des nationalsozialistischen Deutschlands. Das tritt bei Nützlichkeitsdiskursen, die im Einwanderungsrecht, aber eben nur da, ihre Berechtigung haben, immer mehr in den Hintergrund. Während Deutschland in einem Jahr die höchste Zahl an Flüchtlingen aufgenommen hat, werden Status und Schutz der Flüchtlinge immer weiter ausgehöhlt¹. Das Merkel'sche Paradoxon – Ergebnis einer falsch oder widersprüchlich begründeten Politik, die deshalb in die Defensive gerät.

– Verstummen, weil das Reden über ein Problem den Rechten nutzt?

Seit Jahren kämpfe ich für die Religionsfreiheit der Muslime (Minarett, Beschneidung, Schächten). Gleichzeitig kritisiere ich die konservativ bis fundamentalistisch ausgerichtete islamische Verbandslandschaft² und plädiere dafür, bei den Anerkennungsverfahren im Rahmen unseres kooperativen Religionsverfassungsrechtes auf dessen Regeln zu bestehen und diese Fragen nicht naiv anzugehen.³ In der eigenen Partei, bei den betroffenen Verbänden, aber auch in den Medien wird einem das schnell als Verrat an der Solidarität mit den Bedrängten ausgelegt: »das hat uns in

Zeiten von Pegida und einer erstarkenden AfD gerade noch gefehlt«. ⁴ Unnötig spät dämmerte es einigen, dass sie damit falsch lagen. ⁵

Wir, die wir für die Religionsfreiheit von Muslimen und Juden, auch wenn es um religiöse Speise- und Bekleidungs Vorschriften oder den Brit Mila geht, eintreten, müssen die Kraft haben, die Probleme fundamentalistischer Islampropaganda oder der Politisierung von Religion anzusprechen und anzugehen. Wenn wir diese Probleme nicht adressieren, aus Angst, es würde den Rechten nutzen, haben diese schon gewonnen. Noch verheerender für die weitere Entwicklung: Wir wüssten, dass sie nicht ganz unrecht haben. Das dürfen wir nicht zulassen! Die Wahrheit auszusprechen kann nicht falsch sein, Probleme zu benennen und nach Lösungen zu suchen, ist immer richtig. Allerdings müssen unsere Fragen und Antworten vom Geist des Respekts, des Grundgesetzes durchdrungen sein und sich damit klar vor den Botschaften des Hasses abheben.

2. Die Basics erklären:

– **Demokratie** kennt keine letzten Wahrheiten, sondern überzeugt durch ihre Fehlerkultur.

Die Verheißung der Demokratie ist die Freiheit, nicht die besten oder perfektesten Entscheidungen hervorzubringen. Wähler*innen wie Politiker*innen oder Journalist*innen können irren. Sie tun es auch reichlich oft. Aber jede als falsch erkannte Entscheidung der Vergangenheit kann durch eine Mehrheit im Parlament oder durch eine neue Mehrheit bei den Wahlen korrigiert werden. Das Gleiche gilt für Anpassung von existierenden Regelungen an die sich wandelnden technischen, ökologischen und sozialen Realitäten. Die Richtigkeit des Falschen muss nicht wie in undemokratischen Systemen behauptet und repressiv gegen Kritiker durchgesetzt werden, um das politische System zu bewahren. Gerade in der Korrektur, der Neujustierung und der Richtungsänderung erweist sich die Stärke der Demokratie.

– Der **Rechtsstaat** kann Gerechtigkeit nicht versprechen, aber durch Verfahren und verschiedene Instanzen einen fairen Weg zum Recht gewährleisten.

»Wir wollten Gerechtigkeit und haben den Rechtsstaat bekommen.« Dieses enttäuschte Wort von DDR-Bürgerrechtlern klingt mir immer im Ohr. Und ja, Richter*innen entscheiden manchmal falsch, weil sie die Wahrheit nicht erkennen, manchmal gar, weil sie mit einer anderen Ent-

scheidung mehr Arbeit und Mühe hätten und manchmal weil ihre subjektive Sicht auf die Dinge die Wahrnehmung des Sachverhaltes trübt. Aber objektive Gerechtigkeit »gibt« es nur in der Theologie oder in politischen Ideologien die transzendente Heilsversprechen ins Diesseits projizieren.

Der Rechtsstaat mit seinem Instanzenweg, der Gesetzgeber (über dessen Handeln das Bundesverfassungsgericht wacht) bewahrt uns nicht vor Ungerechtigkeiten. Durch die Überprüfungsmöglichkeiten falscher erstinstanzlicher Entscheidungen, die weiteren Instanzen (Berufung, Revision und Verfassungsbeschwerde) ist zumindest gewährleistet, dass Fehler, Ansichten und Vorurteile einzelner Richter keinen Bestand haben. So können wir dem, was gerecht und Recht ist, näherkommen.

– Die **Presse** ist nicht fehlerfrei, aber eine freie und pluralistische Presse ist die beste Prophylaxe gegen Fehlinformation und Manipulation.

»Lügenpresse« skandieren die Fans von Junge Freiheit und Russia Today, die sich auch an größten Verdrehungen dieser Organe wie im Fall Lisa nicht stören, auf Pegida- und AfD-Demonstrationen und greifen Journalist*innen an. Was nicht ihren Ansichten entspricht, ihre Haltung gegenüber der Welt bestätigt, kann nur eine Lüge und Manipulation sein. Da fehlt der Presse, wie jeder Truthher weiß, einfach der Mut zur Wahrheit.

Wer sich im Besitz der Wahrheit wähnt, ist immer eine Gefahr für die Freiheit. Denn er wird – aus seiner Perspektive – den Lügern ihre Freiheit zu lügen nehmen wollen und damit die klassischen bürgerlichen und politischen Rechte: Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit – die Pressefreiheit des kleinen Mannes –, Vereinigungsfreiheit.

In der Tat gibt es bei der Presse schlechte Recherche, kritikwürdige Nachrichtenauswahl, Fehleinschätzungen. Diese freie Presse ist nicht perfekt. Es gab sogar gefakte Geschichten, gestellte Interviews und Manipulationen. Es gibt wahrlich manches zu kritisieren, am trendorientierten Journalismus dieser Tage. Aber da, wo es Fehler gibt oder gar Manipulationen, werden sie selbst zum Gegenstand der Berichterstattung mindestens der Konkurrenz. Eine freie und pluralistische Presse bietet nicht überall und sofort die objektive Wahrheit. Kritische Geister, gegenseitiges Infragestellen und Kapazitäten für Recherche, Plu-

ralität und Konkurrenz sind die beste Garantie, dass grobe Unwahrheiten und Lügen nicht dauerhaft Bestand haben.

Rechtsstaat, Demokratie und freie Presse garantieren nicht zwangsläufig optimale politische Ergebnisse. Sie sind nur die institutionellen Garantien, um mit den Unzulänglichkeiten und Fehlern menschlichen Handelns fertig zu werden und sie zu korrigieren und zu verbessern und damit die Grundlage unserer aller Freiheit.

3. Das Menschenbild: Ideologie der Ungleichheit oder Menschenwürde und Gottesebenbildlichkeit?

Das Menschenbild der Rechtspopulisten ist vielleicht die größte Herausforderung und die älteste zugleich.

»Was ist der Mensch, dass du seiner gedenkst, und des Menschen Kind, dass du dich seiner an nimmst?« Es ist die Frage nach der Substanz des Menschseins, die der Psalmist hier stellt. Die Unterschiedlichkeit der Menschen hat immer wieder zwei grundsätzlich verschiedene Interpretationen erhalten: Alle Menschen sind – wie in der Genesis beschrieben – zu Gottes Bild und Gleichnis geschaffen. Oder säkular gesprochen: »Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen«, heißt es in der ALLGEMEINEN ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE.

Rechtspopulisten stellen dem Menschenbild des Judentums, des Christentums und des Humanismus eine Ideologie der Ungleichwertigkeit entgegen: Die Menschen sind verschieden und daher unterschiedlich viel wert. Alles andere sei Gleichmacherei einer 68er-Ideologie.

Die Väter und Mütter des Grundgesetzes waren bestimmt keine 68er, sondern 48er. Sie formulierten es anders, konkretisierten die unantastbare Menschenwürde des 1. Grundgesetzartikels in der Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz. Und sie formulierten im 3. Absatz eine ganze Litanei von Unterscheidungsmerkmalen für Menschen, die wegen der Gleichheit vor dem Gesetz nicht zu Benachteiligungen oder Bevorzugungen führen dürfen, obwohl sie Unterschiede zwischen den Menschen beschreiben: Geschlecht, Abstammung, Rasse, Sprache, Heimat und Herkunft, Glauben, religiöse oder politische Anschauungen. 1994 fügte man noch die Behinderung hinzu. Mit

seiner Lebenspartnerschaftsgesetzrechtsprechung las das Bundesverfassungsgericht auch die sexuelle Identität in den Katalog hinein. Der Artikel 3 war und ist die verfassungsrechtliche Negation nationalsozialistischer Selektionspolitik.

Das Grundgesetz hat also ein der Gleichmacherei entgegengerichtetes Programm. Es beweist Mut zur Diversität, erkennt die Verschiedenheit der Menschen an und fördert sie gerade zu. Denn aus der Tatsache, dass man anders als die Mehrheit ist, denkt, glaubt, spricht, liebt, aussieht oder geht, sieht oder hört, darf eben keine Benachteiligung oder Zurücksetzung abgeleitet werden. Erst diese Zusicherung gleicher Rechte und Chancen, schafft die Freiheit zur Verschiedenheit, zumindest da, wo das Bekenntnis zur Verschiedenheit in der Disposition des Einzelnen liegt.

Der rechtspopulistische Blick auf die Welt ist ein Gegensatz von »Die« und »Wir« – ob Euro, Gendermainstreaming oder Bildungspläne, Islamisierung des Abendlandes oder Flüchtlinge: Immer soll das vermeintlich Eigene gegen das Fremde, gegen die Anderen verteidigt werden. Das war schon die unterschwellige Thematik der AfD Bernd Luckes beim Euro. Neben währungspolitisch kompliziertem und krausem Zeug war das Thema: Egoismus, und auch noch desorientierter: Wir, die Fleißigen, zahlen für die Nichtsnutze, die im Süden auf ihrer faulen Haut in der Sonne liegen.

Wir, das sind die Verunsicherten, die Verkannten, die von Veränderung Bedrängten und Überfordernten. Das sind auch die Statusverteidiger, die ihren Wohlstand, ihre Lebenswelt durch Abschottung verteidigen wollen. Verunsicherung – Angst vor Veränderung, das wird artikuliert mit diabolisierten und phantasierten Akteuren der Bedrohung und Gegennarrativen eines Wir. Bei religiösen und geschlechterspezifischen Themen wird auch ganz gezielt Anschluss an traditionelle Gruppierungen innerhalb der Kirchen zu finden versucht: Evangelikale und pietistische Gruppen in den evangelischen Kirchen, rechtskatholische Gruppen des Umfelds der untergegangenen Webseite kreuz.net, also Pius-Brüder, Legionäre Christi, Sedisvakantisten oder Freunde der tridentischen Messe und sonstige obskure Kleinstgruppen. Deshalb sind wir Christen nicht nur als Demokraten, sondern in doppelter Weise auch als Christen gefragt.

Ein Beispiel rechtspopulistischer Stimmungsmache unter der Kreuzesfahne: Zu Ostern 2016 startete bei Twitter eine Kampagne unter dem Hash-

tag #WirSindChristen⁶. Es war aber keine Kampagne etwa zur Neuevangelisierung, um die Botschaft der Auferstehungshoffnung oder des dreifachen Liebesgebotes in die Welt zu tragen. Hier wurden vielmehr, eingebettet in österliche Kaufhausosterdekorationen und Devotionalien eines christlichen Osterfestes, muslim- und ausländerfeindliche Tweets gepostet. Es ging um ein Gegenüber: hier wir, die Christen – dort die Anderen, die Moslems. Opferkonkurrenz wurde bedient: »#WirSindChristen weil keine andere Gruppe weltweit so stark verfolgt wird, wie unsere Brüder und Schwestern im Glauben!«⁷ Twitter-User fragten, »was die Deutschen der europäischen Islamisierung gegenüberstellen können«, was gemacht wird, um unsere Identität vor der Islamisierung »zu retten«, ob die muslimische Zuwanderung die europäische Kultur »bereichern oder vernichten« wird. Christentum wurde im sozialen Netzwerk zur Chiffre des Eigenen gegen das Fremde, obwohl das Eigene vielfach nicht mehr selbst gekannte oder verstandene Identität⁸ ist. Treffend fasste dies ein Twitter-User so zusammen: »Warum schreiben unter #WirSindChristen viele, die mit der bibl. Geschichte wenig anfangen können und den Begriff »Christ« für vieldeutig halten?«⁹ Ich brach am 27. März 2016 mein Schweigen und schrieb: »Wenn ihr nur zu euren Brüdern freundlich seid, was tut ihr Besonderes? Tun nicht dasselbe auch die Heiden? #WirSindChristen«. Dass dies ein Satz aus der Bergpredigt ist, merkte man zunächst noch nicht mal beim Deutschlandfunk, der über den Hashtag einen Artikel schrieb.¹⁰ Der Kern dieser christlichen Botschaft gab die Verbindung des Hashtags mit Hassbotschaften der Lächerlichkeit preis. Leider merkten das die selbst ernannten Christen aber nicht. Sie kannten sich wahrscheinlich besser bei den Geschmacksrichtungen von Schokoladenostereiern als in den Evangelien aus.

Den eigenen Wert durch die Abwertung anderer zu konstruieren, ist das Gemeinsame aller rechtspopulistischen Narrative. In der Beschreibung des Anderen wird eine eigene Identität gebildet und in der Abwertung der Anderen der eigene Wert gesichert und die eigene Position bestimmt. Auf Facebook schrieb mir tatsächlich ein mutmaßlich heterosexueller User: Ja, er fühle sich herabgesetzt, wenn Homosexuelle die gleichen Rechte hätten. Bezieht man sich auf das Christentum sind solche Äußerungen allenfalls Chiffre für das Eigene – mehr Christstollen als Evangelium, eher Osterhase als Auferstehung oder Bergpredigt. AfD-Vize Gauland sagte der FAZ ganz im Sinne dieser Identitätschiffre, es gehe der AfD in ihrer Frontstellung gegen den Islam nicht um die Ver-

teidigung des Christentums, sondern um die Abwehr des kulturell Fremden. »Wir wollen nicht das Christentum im religiösen Sinne verteidigen.« Die Wähler der AfD wollten aber, dass man für »ihr So-Sein« kämpfe, für alles, »was man von den Vätern ererbt« habe. »Das Christentum ist dafür dann eine Metapher.«¹¹

Solche Narrative kommen oft aus einer Opferrolle daher. Der alte weiße heterosexuelle Mann sieht sich vielfältigen Bedrohungen gegenüber: Die Welt wird wahlweise verschwult, islamisiert, das deutsche Volk soll ausgetauscht werden, es droht das Gendermainstreaming als großes Umerziehungsprogramm.¹² Rechtspopulisten wollen das Andere nicht in seinem Anderssein respektieren und eine friedliche Koexistenz anstreben. Sie denken in Herrschaft und Unterwerfung. Sie können sich gar nicht vorstellen, dass Menschen, die nicht sind wie sie, einfach die Freiheit haben wollen, zu leben, zu lieben, zu glauben, wie es ihnen gemäß erscheint, und sie nicht andere dominieren oder unterwerfen wollen.

Mit Logik hat das alles nichts zu tun. Aber auch wenn es so unlogisch ist, wir dürfen uns nicht selbst zu schade sein, Offensichtliches auszusprechen und damit zu widersprechen:

- Nach allem was wir wissen, waren Menschen mit homosexueller Praxis immer eine Minderheit. Sie wurden in einer heterosexuell dominierten Umgebung aufgezogen. Das machte sie nicht zu Heterosexuellen. Die sexuelle Identität: sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität – werden offensichtlich nicht anerzogen oder durch Ansteckung erworben. Wie Lesben und Schwule auch zusammen mit allen Bisexuellen dieser Welt wohl eine Minderheit bleiben werden. Die »Verschwulung der Welt« ist abgesagt.
- Gendermainstreaming ist eine Bürokrat*innen-Strategie zur Gleichstellung der Geschlechter: Sie verlangt die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern bei allen Entscheidungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu berücksichtigen. Simple and boring as this. Es ist nicht das große Umerziehungsprogramm oder ein Synonym für die Protokolle der Weisen von Sodom.
- Gender-Theorie & -studies: Dass soziale Geschlechterrollen nicht zwingend aus unserer Biologie folgen, dürfte ohne große Anstrengungen und Beweisführung bei einem Blick durch die Jahrhunderte jedem einleuchten.

Dies ist Gegenstand wissenschaftlicher Forschung und Diskussion in den verschiedenen Disziplinen der Humanwissenschaften. Eine einheitliche Ideologie oder Lehre gibt es hier so wenig¹³, wie in anderen Wissenschaften. Vieles mag man erwägen, gar teilen, manches verwerfen, wie das in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften dank der Freiheit der Wissenschaft nun mal immer so ist. Schlimm, wenn in päpstlichen Schreiben der Hokusfokus der Rechtspopulisten Eingang findet und von »Formen einer Ideologie, die gemeinhin Gender genannt wird« gequast wird.¹⁴

- Einige Zeit vor der Aufnahme von ca. 800.000 Flüchtlingen aufgrund des syrischen Bürgerkrieges in Deutschland im Jahr 2015 nahm mit Pegida in Dresden eine Bewegung gegen die »Islamisierung des Abendlandes« an Fahrt und Fremdenfeindlichkeit auf. In der Hauptstadt des Freistaates Sachsen, in dem zwischen 0,1 – 0,5 % (!) Muslime leben.

Damit die imaginierte Islamisierung des Abendlandes nicht eintritt, hat die AfD die Religionsfreiheit für Muslime und ihr Gleichbehandlungsgebot (Artikel 3 und 4 GG) in ihrem Programm außer Kraft gesetzt und fordert Minarett-, Schächt¹⁵- und Beschneidungsverbot. Kollateralschaden am Rande: Jüdisches Leben wäre damit in Deutschland gleich mit kriminalisiert.¹⁶

Diese rechtspopulistische Welle, die in Deutschland und vielen anderen Ländern über uns hinwegbrandet, müssen wir sehr ernst nehmen. Wir sollten ihr gleichwohl selbstbewusst begegnen. Zum Teil ist sie auch Reaktion auf einen Zuwachs von Liberalität des gesellschaftlichen Mainstreams und staatlicher Politik in den letzten Jahren. Aber sie ist nicht nur ein letztes Aufbäumen aus der Zeit gefallener Akteure. Sie verbreitet sich wie schleichendes Gift und beginnt in den Einstellungen vieler Menschen Wirkung zu zeigen. Das hat in erschreckender Klarheit die neueste Mittelstudie gezeigt. Nicht nur die Werte von Islamfeindlichkeit, Antiziganismus und Abwertung von Flüchtlingen sind angestiegen (was teilweise auch mit der Diskussion und Verunsicherung durch die Flüchtlingsaufnahme und islamistische Terroranschläge erklärt werden könnte), auch die Ablehnung von Homosexualität hat sich in manchen Parametern gar verdoppelt. Dies deutet auf eine generelle Ausbreitung der Ideologie der Ungleichwertigkeit hin¹⁷, und lässt sich nicht auf äußere Ereignisse zurückführen. Deshalb müssen wir uns mit Nachdruck um diese Herausforderung küm-

mern. Die aktuellen Herausforderungen für Demokrat*innen und demokratische Organisationen (NGOs, Kirchen, Gewerkschaften) sind daher vielfältig:

- Mobilisierung gegen Versuche rechtspopulistischer Bewegungen, den öffentlichen Raum zu besetzen.
- Selbstverständlichkeiten erklären: Demokratie, Rechtsstaat, freie Presse, Menschenrechte
- Projekt Gegenaufklärung: Das Gerücht und die Falschinformation ist der Brandbeschleuniger des Hasses. Ob der Fall Lisa¹⁸, die Diskussion über den Bildungsplan in Baden-Württemberg, die Warnung der besorgniserregenden Eltern vor angeblicher »Frühsexualisierung« der Kinder in den Schulen. Mit Falschinformationen wird Stimmung erzeugt und über das Netz und selbstreferentielle Webseiten Fakten des Informationszeitalters »produziert« und bis in die seriöse Presse getragen. Hierauf zu reagieren mit Internetprojekten der Gegenaufklärung¹⁹ wird eine Herausforderung der politischen Bildungsarbeit – eine größere Herausforderung als der Kampf gegen Hatespeech.

Gerade als Christ*innen dürfen wir nicht zulassen, dass unser Glauben, unsere Kirchen, als Chiffren für Abwertungsdiskurse instrumentalisiert werden. Wir müssen freudiger bekennen, was unseren Glauben ausmacht, dass der Leib Christi nicht Christstollen bedeutet, dass die Bergpredigt mit dem Gebot der Nächsten- und Feindesliebe mit der Ideologie der Ungleichwertigkeit nicht zu vereinbaren sind.

Ich halte grundsätzlich nichts davon mit der Bibel oder Bibelzitate nach dem politischen Gegner zu werfen. Denn in der Bibel steht sicher nicht, ob es richtiger ist, mit Kopfpauschale oder Bürgerversicherung die Krankenversicherung zu finanzieren. Aber wenn es zu der Frage kommt, was den Menschen ausmacht, und unsere Religion für Ausgrenzungsdiskurse missbraucht wird, dürfen wir kein Blatt vor den Mund nehmen: Der Kern des christlichen Menschenbildes ist die Gottes Ebenbildlichkeit des Schöpfungsberichtes, die Verheißung der Gotteskindschaft des neuen Testaments, die einer Abwertung von Menschen essentialistisch entgegensteht. Paulus schreibt an die Galater:

»Denn wieviel euer auf Christum getauft sind, die haben Christum angezogen. Hier ist kein Jude noch Griechen, hier ist kein Knecht noch

Freier, hier ist kein Mann noch Weib; denn ihr seid allzumal einer in Christo Jesu. Seid ihr aber Christi, so seid ihr ja Abrahams Same und nach der Verheißung Erben.«

Paulus, der auch manches zeitbedingte patriarchale Gedankengut hinterlassen hat, macht hier deutlich, dass es bei Gott nicht auf Herkunft, rechtlichen Statuts oder Geschlecht ankommt. Paulus im Gendergaga würde Frau Kelle sagen. Im Gegenteil, die meinen, das Christentum lasse

sich für die Benachteiligung der Frau, die Ausgrenzung der Homosexuellen, die Verteufelung anderer Glaubensvorstellungen einsetzen, haben sich getäuscht: »Hier ist kein Jude noch Grieche, hier ist kein Knecht noch Freier, hier ist kein Mann noch Weib. [...] denn ihr seid allzumal einer in Christo Jesu.«

So sei es! Amen!

